

Senatsbeschlüsse

über die 203. Sitzung des Senats

am 12.03.2019, 11:15 Uhr

4952.) Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm (BAP) – Umsetzung des Teilhabechancengesetzes im Rahmen des Landesprogramms "Perspektive Arbeit (LAZLO)"
(Vorlage 2780/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2780/19 die geplante Umsetzung des Teilhabechancengesetzes im Rahmen des Landesprogramms Perspektive Arbeit (LAZLO) zur Kenntnis und stimmt der Finanzierung der zusätzlichen LAZLO-Maßnahmen aus ESF-Mitteln des BAP-Unterfonds B 1 „Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit“ zu.
2. Der Senat stimmt der geplanten Freigabe eines zusätzlichen Budgets in Höhe von 11.174.088 € ESF-Mittel im BAP-Unterfonds B 1 zu.
3. Der Senat stimmt dem Eingehen von Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Maßnahme „Umsetzung des Teilhabechancengesetzes im Rahmen von LAZLO“ bei der Haushaltsstelle 0308.686 53-1, EU-Zuschüsse ESF 2014-2020 (Programmmittel) i.H.v. insgesamt 10.014.755 € zulasten der Jahre 2020 (5.000.755 €) und 2021 (5.014.000 €) zu und bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die Mittel für die Finanzierung der Maßnahme für die Jahre ab 2020 durch Erhöhung des entsprechenden Einnahmeanschlags im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2020/2021 produktplanintern darzustellen und sie in der Finanzplanung für die Jahre 2022/2023 fortzuschreiben.
4. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zu befassen und über die Senatorin für Finanzen beim Haushalts- und Finanzausschuss die erforderlichen haushaltsrechtlichen Beschlüsse einzuholen.

4953.) Bekanntmachung einer Entscheidung des Staatsgerichtshofs
(Vorlage 2781/19)

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2781/19 die Bekanntmachung einer Entscheidung des Staatsgerichtshofs im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.
2. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass unter „D. Finanzielle...“ in der Überschrift am Ende „/Gender-Prüfung“ ergänzt und folgender Satz aufgenommen wird:

„Es besteht keine Genderrelevanz.“

4954.) EFRE-Programm 2014-2020
Quartiersmeisterei Alte Bürger in Bremerhaven 2019-2020
(Vorlage 2782/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2782/19 der Umsetzung der dargestellten Maßnahme zur Weiterführung der Quartiersmeisterei Alte Bürger mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 493.900 € im Rahmen des EFRE-Programms 2014-2020 zu.
2. Der Senat stimmt der aufgezeigten Finanzierungsstruktur zu und bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in ihrer nächsten Sitzung damit zu befassen und die Vorlage über die Senatorin für Finanzen an den Haushalts- und Finanzausschuss zur Beschlussfassung weiterzuleiten.

- 4955.) Personalmehrbedarf der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport ab dem Jahr 2019 aufgrund des Bundesteilhabegesetzes (Vorlage 2783/19)
-

Beschluss:

Der Senat setzt seine Beratung bis zum 19. März 2019 aus.

- 4956.) Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und der Freien Hansestadt Bremen über die Durchführung von Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach dem Luftsicherheitsgesetz (Vorlage 2784/19)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2784/19 den Entwurf des Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und der Freien Hansestadt Bremen über die Durchführung von Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach dem Luftsicherheitsgesetz sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Beschlussfassung in erster und zweiter Lesung in der nächsten Sitzung der Bremischen Bürgerschaft (Landtag).

- 4957.) Zentrales Finanzcontrolling
Jahresbericht 2018
(Vorlage 2785/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2785/19 den Jahresbericht 2018 des zentralen Finanzcontrollings zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Finanzen, den Haushalts- und Finanzausschuss entsprechend zu informieren.
2. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass

- unter „D. Finanzielle...“ folgender Satz ergänzt wird:

„Es besteht keine Genderrelevanz.“

- Im Bericht auf Seite 28 wird der vorletzte Absatz der Spiegelstrichaufzählung wie folgt gefasst:

„Dagegen stehen die investiven Einnahmen, die zwar im Vorjahresvergleich stiegen, den Anschlagswert jedoch insbesondere aufgrund der vorgenommenen Haushaltssteuerung bei den Abführungen von Sondervermögen um 32 Mio. € unterschritten.“

4958.) Vertrag mit dem Bremer Tierschutzverein e.V. über die Verwahrung von Tieren
(Vorlage 2786/19 und Neufassung der Vorlage des Senators für Inneres vom 11.03.2019)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres vom 11. März 2019 Kenntnis, dass das Ordnungsamt beabsichtigt, mit dem Bremer Tierschutzverein e.V. einen Vertrag unter Beachtung der unter B. dargestellten Rahmenbedingungen abzuschließen.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Finanzen, die erforderlichen Beschlüsse beim Haushalts- und Finanzausschuss einzuholen.
3. Der Senat stimmt der Vorabdotierung der Mittel im Haushalt der Stadtgemeinde Bremen für die Erhöhung des Pauschalbetrags für die Verwahrung von Tieren an den Bremer Tierschutzverein e.V. in Höhe von 456 T€ p.a. ab 2020 sowie im Rahmen der Fortschreibung der Finanzplanung für die Jahre 2022/2023 zu. Der Senat bittet den Senator für Inneres im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2020/2021 und der Fortschreibung der Finanzplanung ab 2022 die Maßnahme prioritär zu

berücksichtigen. Er nimmt zur Kenntnis, dass dies sowie die beschlossenen und etwaige weitere Vorabdotierungen den Spielraum für weitere Maßnahmen sowie die Prioritätensetzung künftiger Haushalte beeinflussen.

4959.) Tagesordnung der 975. Sitzung des Bundesrates am 15.03.2019

Beschluss:

1. Der Senat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und fasst folgende Beschlüsse:

001	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 104b, 104c, 104d, 125c, 143e)
Beschluss:	Zustimmung zum Einigungsvorschlag des Vermittlungsausschusses = Zustimmung zu Drs. 88/19
<hr/>	
002	Gesetz zu Übergangsregelungen in den Bereichen Arbeit, Bildung, Gesundheit, Soziales und Staatsangehörigkeit nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union
Beschluss:	keine Anrufung des Vermittlungsausschusses zu Drs. 82/19
<hr/>	
003	Drittes Gesetz zur Änderung des Seearbeitsgesetzes
Beschluss:	keine Anrufung des Vermittlungsausschusses zu Drs. 83/19 (neu)
<hr/>	
004	Gesetz über steuerliche und weitere Begleitregelungen zum Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union
Beschluss:	Zustimmung zum Gesetz und Fassen einer Entschließung = Zustimmung zu Drs. 84/1/19
<hr/>	
005	Zweites Gesetz zur Änderung des Transplantationsgesetzes - Verbesserung der Zusammenarbeit und der Strukturen bei der Organspende
Beschluss:	keine Anrufung des Vermittlungsausschusses zu Drs. 85/19

006 Drittes Gesetz zur Änderung des BDBOS-Gesetzes

Beschluss: **keine Anrufung des Vermittlungsausschusses zu Drs. 86/19**

007 Gesetz zur Verbesserung der Information über einen Schwangerschaftsabbruch

Beschluss: im Plenum erfolgt Feststellung durch den Präsidenten, dass kein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsaus-schusses vorliegt
Beitritt zur Protokollerklärung des Freistaates Thüringen

008 Gesetz zur Revision 3 des Übereinkommens vom 20. März 1958 über die Annahme einheitlicher technischer Vorschriften für Radfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände und Teile, die in Radfahrzeuge(n) eingebaut und/oder verwendet werden können, und die Bedingungen für die gegenseitige Anerkennung von Genehmigungen, die nach diesen Vorschriften erteilt wurden

Beschluss: Zustimmung zum Gesetz
= Zustimmung zu Drs. 87/19

009 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz) Schleswig-Holstein (U)

Beschluss: Einbringung eines Gesetzentwurfs nach Maßgabe, hilfsweise unverändert, Beitritt zur Gesetzesinitiative
= Zustimmung zu Drs. 621/1/18 mit folgender Maßgabe: Ablehnung der Ziffer 3 (= Nichteinbringung), Beitritt zu Drs. 621/18

010 Entwurf eines Strafrechtsänderungsgesetzes - Einführung einer eigenständigen Strafbarkeit für das Betreiben von internetbasierten Handelsplattformen für illegale Waren und Dienstleistungen Nordrhein-Westfalen (U), Hessen (B)

Beschluss: Einbringung des Gesetzentwurfs nach Maßgabe bei Enthaltung zu drei Ziffern, hilfsweise unveränderte Einbringung, Enthaltung zur Einbringung in der Schlussabstimmung, wenn Ziffer 1 und/oder Ziffer 2 und/oder Ziffer 4 eine Mehrheit erhalten
= Zustimmung zu Drs. 33/1/19 mit folgender Maßgabe: Enthaltung zu Ziffern 1, 2 und 4 Enthaltung in der Schlussabstimmung bei Mehrheit zu einer der o.g. Ziffern

011	Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung von Hafenplanungen Bremen (U) , Hamburg (U), Mecklenburg-Vorpommern (U), Niedersachsen (U), Schleswig-Holstein (U)
Beschluss:	Einbringung des Gesetzentwurfs nach Maßgabe, Bestellung eines/r Beauftragten = Zustimmung zu Drs. 70/1/19

012	Entwurf eines Gesetzes zur Ausweitung der Auskunftsrechte der Gerichtsvollzieher Nordrhein-Westfalen (U) Drs. 94/19
Beschluss:	Überweisung an die Ausschüsse

013	Entschließung des Bundesrates "Arbeitszeiten an die Herausforderungen der digitalisierten Arbeitswelt anpassen" Nordrhein-Westfalen (U)
Beschluss:	Nichtfassen der Entschließung = Zustimmung zu Drs. 24/1/19

014	Entschließung des Bundesrates: "Arbeitnehmerrechte für Paketbotinnen und Paketboten sichern; Nachunternehmerhaftung für die Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge auf die Unternehmen der Zustellbranche ausweiten" Niedersachsen (U)
Beschluss:	Beitritt zur Entschließung, im Übrigen Überweisung an die Ausschüsse 1. Beitritt zu Drs. 92/19 2. Überweisung an die Ausschüsse

015	Entschließung des Bundesrates: Einführung von kamera-gestützten Überwachungssystemen in Schlachthöfen zur Verbesserung des Tierschutzes für Schlachttiere Niedersachsen (U), Nordrhein-Westfalen (U)
Beschluss:	Fassen der Entschließung nach Maßgabe = Zustimmung zu Drs. 69/1/19

016	Entschließung des Bundesrates: ""Betretungsrechte für Tierschutzkontrollen in Verarbeitungsbetrieben für Tierische Nebenprodukte und Rückverfolgbarkeit von Falltieren"" Niedersachsen (U) Drs. 93/19
Beschluss:	Überweisung an die Ausschüsse

017 Entschließung des Bundesrates zur Weiterentwicklung der Pflegeversicherung Berlin (U), **Bremen (U)**, Hamburg (U), Schleswig-Holstein (U)
Drs. 106/19
Überweisung an die Ausschüsse

018 a+b a) Entschließung des Bundesrates zum Verbot von Mikroplastik in Kosmetika Bayern (U)
b) Entschließung des Bundesrates zur Einschränkung von Mikroplastikeinträgen Berlin (B), Hamburg (U), Thüringen (U)
Beschluss: Fassen einer Entschließung nach Maßgabe
= Zustimmung zu Drs. 22/1/19 mit folgender Maßgabe:
1. Zustimmung zu Ziffer 1 nur im Ganzen, sollte Ziffer 1 nur in Teilen mehrheitsfähig sein: Enthaltung.
2. Enthaltung zu den Ziffern 2 - 4
3. Zustimmung zu Drs. 22/19 und Drs. 73/19 nach Maßgabe für den Fall einer Schlussabstimmung
4. hilfswise Zustimmung zu Drs. 22/19 und Drs. 73/19 unverändert
5. Beitritt zu Drs. 73/19

019 Entschließung des Bundesrates für eine flächen-deckende Mobilfunkversorgung in Deutschland Mecklenburg-Vorpommern (U)
Beschluss: Fassen einer Entschließung nach Maßgabe
= Zustimmung zu Drs. 67/1/19 mit folgender Maßgabe:
Freie Hand zu den Ziffern 1 (Tendenz: Zustimmung) und 2 (Tendenz Enthaltung) sowie Enthaltung zu Ziffer 4

020 Entschließung des Bundesrates zum Transport von Gefahrgut auf Großcontainerschiffen Mecklenburg-Vorpommern (B), Niedersachsen (U), Schleswig-Holstein (U)
Beschluss: Fassen einer Entschließung nach Maßgabe
= Zustimmung zu Drs. 68/1/19 mit folgender Maßgabe:
Fassen der Entschließung nur, wenn Ziffer 2 eine Mehrheit erhält sowie Enthaltung zu Ziffer 3

021	Entwurf eines Gesetzes zum Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zum Zugang zum Sozialschutz für Arbeitnehmer und Selbständige
Beschluss:	keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf = Zustimmung zu Drs. 80/19
<hr/>	
022	Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Ausführung der EU-Prospektverordnung und zur Änderung von Finanzmarkt-gesetzen
Beschluss:	keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf = Zustimmung zu Drs. 52/19
<hr/>	
023	Entwurf eines Gesetzes für mehr Sicherheit in der Arzneimittelversorgung
Beschluss:	Stellungnahme zum Gesetzentwurf ohne zwei Ziffern = Zustimmung zu Drs. 53/1/19 mit folgender Maßgabe: Ablehnung der Ziffern 18 und 28
<hr/>	
024	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Verbesserung der Registrierung und des Datenaustausches zu aufenthalts- und asylrechtlichen Zwecken (Zweites Datenaustausch-verbesserungsgesetz - 2. DAVG)
Beschluss:	Stellungnahme zum Gesetzentwurf ohne einige Ziffern = Zustimmung zu Drs. 54/1/19 mit folgender Maßgabe: Enthaltung zu Ziffern 1 - 5, 8 - 11, 16, 22
<hr/>	
025	Entwurf eines Sechszwanzigsten Gesetzes zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (26. BAföGÄndG)
Beschluss:	Stellungnahme zum Gesetzentwurf ohne eine Ziffer = Zustimmung zu Drs. 55/1/19 mit folgender Maßgabe: Enthaltung zu Ziffer 6
	Zustimmung zum Beitritt der Protokollerklärung des Landes Brandenburg
<hr/>	
026	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Fahrlehrergesetzes
Beschluss:	Stellungnahme zum Gesetzentwurf = Zustimmung zu Drs. 56/1/19
<hr/>	

027	Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll vom 11. Juni 2014 zum Übereinkommen Nr. 29 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 28. Juni 1930 über Zwangs- oder Pflichtarbeit
Beschluss:	keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf = Zustimmung zu Drs. 57/19
<hr/>	
028	Zwischenbericht zur Funktionsweise der Allgemeinen Verbraucherschlichtungsstelle
Beschluss:	Stellungnahme = Zustimmung zu Drs. 650/1/18
<hr/>	
029	Klimaschutzbericht 2018
Beschluss:	Stellungnahme = Zustimmung zu Drs. 76/1/19
<hr/>	
030 a	Jahresgutachten 2018/2019 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
Beschluss:	Kenntnisnahme = Zustimmung zu Drs. 579/18
<hr/>	
030 b	Jahreswirtschaftsbericht 2019 der Bundesregierung
Beschluss:	Kenntnisnahme = Zustimmung zu Drs. 65/19
<hr/>	
031	Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG des Rates vom 28. November 2006 in Bezug auf Vorschriften für Fernverkäufe von Gegenständen und bestimmte inländische Lieferungen von Gegenständen
Beschluss:	Stellungnahme zum Richtlinienvorschlag = Zustimmung zu Drs. 634/1/18
<hr/>	
032	Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG im Hinblick auf die Einführung bestimmter Anforderungen für Zahlungsdienstleister
Beschluss:	Stellungnahme zum Richtlinienvorschlag = Zustimmung zu Drs. 638/1/18
<hr/>	
033	Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 904/2010 im Hinblick auf die Stärkung der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden bei der Betrugsbekämpfung
Beschluss:	Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag = Zustimmung zu Drs. 639/1/18

034	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 508/2014 hinsichtlich bestimmter Vorschriften für den Europäischen Meeres- und Fischereifonds aufgrund des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Union
Beschluss:	Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag = Zustimmung zu Drs. 49/1/19
<hr/>	
035	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit und der Verordnung (EG) Nr. 987/2009 zur Festlegung der Modalitäten für die Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 (Drs. 761/16)
Beschluss:	Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag = Zustimmung zu Drs. 95/19
<hr/>	
036	Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Festlegung der Kennzahlen nach § 48a des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung = Zustimmung zu Drs. 42/19
<hr/>	
037	Erste Verordnung zur Durchführung des Finanzausgleichsgesetzes im Ausgleichsjahr 2019
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung = Zustimmung zu Drs. 50/19
<hr/>	
038	Siebzehnte Verordnung zur Änderung der Arzneimittel-verschreibungsverordnung
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung = Zustimmung zu Drs. 43/19
<hr/>	
039	Verordnung zur Anpassung von Verordnungen zum Bundesmeldegesetz an die Verordnung (EU) 2016/679
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung = Zustimmung zu Drs. 41/19
<hr/>	
040	Verordnung zur Bereinigung der Eisenbahn-Verkehrs-ordnung
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung nach Maßgabe = Zustimmung zu Drs. 44/1/19

041	Erste Verordnung zur Änderung der Mess- und Eichge-bührenverordnung und der Mess- und Eichverordnung
Beschluss:	Zustimmung zur Verordnung = Zustimmung zu Drs. 51/1/19
<hr/>	
042	Benennung eines Mitglieds für den Beirat Deutschland-stipendium beim Bundesministerium für Bildung und Forschung
Beschluss:	Benennung gemäß Vorschlag (Frau Luisa Fink, Studentin an der Hochschule für angewandte Wissenschaften München (Bayern)) = Zustimmung zu Drs. 79/1/19
<hr/>	
043	Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht
Beschluss:	Von Äußerung und Beitritt absehen = Zustimmung zu Drs. 77/19 und zu zu Drs. 77/19
<hr/>	
044	Erstes Gesetz zur Änderung des Tabakerzeugnis-gesetzes (Aufsetzungsantrag des Freistaats Bayern)
Senatsbe-schluss vom 12.02.2019:	Freie Hand mit Tendenz zur Anrufung des Vermittlungs-ausschusses oder hilfsweise zur Frage: Ablehnung bzw. Zustimmung zum Gesetz = Freie Hand mit Tendenz Anrufung VA zu Drs. 26/1/19
<hr/>	
045	EntschlieÙung des Bundesrates: Erhöhung der Förder-quoten im Bundesförderprogramm Breitband Schleswig-Holstein (U)
Beschluss:	Sofortige Sachentscheidung und Fassen einer EntschlieÙung 1. Zustimmung zur sofortigen Sachentscheidung 2. Zustimmung zu Drs. 111/19
<hr/>	
046	Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung der Verwaltungsgerichtsordnung Nordrhein-Westfalen (U), Niedersachsen (U) Drs. 113/19
Beschluss:	Überweisung an die Ausschüsse

2. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass Herr Bürgermeister Dr. Sieling, Frau Bürgermeisterin Linnert und Frau Staatsrätin Hiller an der 975. Sitzung des Bundesrates teilnehmen werden.

4960.) Entwurf einer Verordnung zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften
(Vorlage 2787/19)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2787/19 den Entwurf einer Verordnung zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften und bittet die Senatorin für Finanzen, diesen Entwurf

- a) gemäß § 93 Bremisches Beamtengesetz, § 39a Richtergesetz den zu beteiligenden Spitzenorganisationen der zuständigen Gewerkschaften und
- b) entsprechend dem Beschluss der Konferenz Norddeutschland vom 11. April 2007 den Ländern Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein zur Stellungnahme zuzuleiten.

4961.) Umstellung der Schutzbekleidung bei der Feuerwehr Bremen
(Vorlage 2788/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2788/19 der dargelegten Maßnahme zur Umstellung der Schutzkleidung der Feuerwehr Bremen in Höhe von 3 Mio. EUR zu.
2. Der Senat stimmt der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung und der Einplanung der Mittel in Höhe von insgesamt 3 Mio. € für die Haushaltsjahre 2020 i. H. v. 1,5 Mio. € und 2021 i. H. v. 1,5 Mio. € zu. Mit diesem Beschluss nimmt der Senat zur Kenntnis, dass diese Maßnahme im Gesamtrahmen des Haushaltes der Stadtgemeinde ausschließlich durch entsprechende Prioritätensetzung unter Einbeziehung möglicher Einsparungen bei den Ansätzen für Dienst- und Schutzkleidung bei der Feuerwehr im Aufstellungsverfahren 2020/2021 darstellbar ist.

3. Der Senat bittet den Senator für Inneres die Deputation für Inneres zu befassen sowie die erforderlichen Beschlüsse zur Erteilung der Verpflichtungsermächtigung im Haushalts- und Finanzausschuss über die Senatorin für Finanzen einzuholen.
4. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass unter „B. Lösung“ im dritten Absatz die Wörter „im Februar/März 2019“ durch „kurzfristig“ ersetzt werden.

4962.) Entwurf eines Bremischen Landes-Carsharinggesetzes (BremLCsgG)
(Vorlage 2789/19)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2789/19 den Entwurf eines Bremischen Landes-Carsharinggesetzes sowie dessen Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) zur Beschlussfassung in 1. und 2. Lesung noch in der März-Sitzung mit der Maßgabe folgender Änderung:

In der Mitteilung des Senats werden nach dem Wort „Beschlussfassung“ die Wörter „in 1. und 2. Lesung noch in der März-Sitzung“ eingefügt.

4963.) "Roses in a Forbidden Garden-Erinnerung hat viel Facetten"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Vorlage 2790/19)

Beschluss:

Der Senat stellt fest, dass die Vorlage zurückgezogen wurde.

- 4964.) Volksentscheid
"Für unser lebenswertes Bremen
– Städtebauliches Konzept zur Erhaltung des Rennbahngeländes im Bremer
Osten als Grün-, Erholungs- und gemeinschaftlich genutzte Fläche"
(Vorlage 2791/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat bestimmt als Tag für den Volksentscheid "Für unser lebenswertes Bremen – Städtebauliches Konzept zur Erhaltung des Rennbahngeländes im Bremer Osten als Grün-, Erholungs- und gemeinschaftlich genutzte Fläche " den 26. Mai 2019. Er macht diesen Tag sowie den Gegenstand des Volksentscheides nebst einem Muster des Stimmzettels entsprechend der Anlage 3 im Amtsblatt bekannt.
2. Der Senat stimmt der Finanzierung des Mehrbedarfs in Höhe von rund 360 T€ im Rahmen des Haushaltsvollzugs 2019 durch den Gesamthaushalt zu.

- 4965.) Novellierung der Verordnung zur Anerkennung und Förderung von Angeboten zur Unterstützung im Alltag nach § 45a, der Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen und des Ehrenamtes nach § 45c sowie der Selbsthilfe nach § 45d des Elften Buches Sozialgesetzbuch für das Land Bremen
(Vorlage 2792/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2792/19 die neue Richtlinie zur Ausgestaltung und Durchführung der Projektförderung nach dem Bremischen Ausführungsgesetz zum Pflegeversicherungsgesetz (BremAGPflegeVG) – Fonds für Innovationsförderung und Strukturverbesserung zur Kenntnis.
2. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport vom 05.03.2019 die „Verordnung zur Anerkennung und Förderung von Angeboten zur

Unterstützung im Alltag nach § 45a, der Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen und des Ehrenamtes nach § 45c sowie der Selbsthilfe nach § 45d des Elften Buches Sozialgesetzbuch für das Land Bremen“ sowie die Ausfertigung der Verordnung und deren Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

- 4966.) Bericht über die sonstigen Sondervermögen der Freien Hansestadt Bremen zum 31.12.2018
(Vorlage 2793/19)
-

Beschluss:

Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2793/19 den Bericht über die sonstigen Sondervermögen zum 31. Dezember 2018 zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Finanzen, den Bericht dem Haushalts- und Finanzausschuss zur Kenntnis zu geben.

- 4967.) Gehaltsniveau A 13 für Grundschullehrkräfte einführen - Vorlage des von der Bremischen Bürgerschaft beauftragten Konzepts
(Vorlage 2794/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2794/19 das Konzept zur Hebung der Einstiegsämter der Lehrkräfte im Primar- und Sekundarbereich I (Primar- und Sek. I-Lehrkräfte) von A 12/A 12a auf A 13 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Land) mit der Bitte um Kenntnisnahme.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Kinder und Bildung und die Senatorin für Finanzen bis Ende April 2019 für die tarifbeschäftigten Lehrkräfte eine Lösung zu entwickeln, die schon vor der endgültigen höheren – Eingruppierung in Folge der Hebung des Referenzamtes vergleichbarer Beamten im Jahr 2021 spürbare Zulagenzahlungen ermöglicht. Sie sollen dabei die in anderen Bundesländern gefundenen Lösungen einbeziehen und/oder eine tarifrechtskonforme

Übereinkunft mit den Gewerkschaften versuchen zu schließen.

3. Der Senat nimmt zur Kenntnis, dass die zur Durchführung der Maßnahmen erforderlichen Mittel in 2019 in Höhe von 1,4 Mio. € durch das Ressortbudget des Produktplanes Kinder und Bildung finanziert werden sollen. Für den Fall, dass eine Ressort-Finanzierung im Vollzug 2019 nicht möglich ist, wird im Rahmen der Controlling-Berichterstattung durch die Senatorin für Finanzen ein Vorschlag für einen Ausgleich vorgelegt.
4. Der Senat stimmt der Vorabdotierung für die Umsetzung des Konzepts in Höhe von 4,2 Mio. € in 2020, 7,0 Mio. € in 2021 sowie 9,2 Mio. € p.a. ab 2022 zu.
5. Der Senat bittet die Senatorin für Kinder und Bildung über die Senatorin für Finanzen die erforderlichen Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses einzuholen.

4968.) Umsetzung der Bremer Erklärung für Gute Arbeit in Kitas - Attraktivierung des Erzieher(inn)en-Berufs bei besonders herausfordernden Tätigkeiten durch Anwendung einer Eingruppierungsregelung nach SuE 8b (Vorlage 2795/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2795/19 die vorgeschlagene Eingruppierungsvereinbarung zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Kinder und Bildung in Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen eine Anwendung beim öffentlichen Träger KiTa Bremen zum 01.04.2019 vorzunehmen sowie die Abstimmung mit freien Kita-Trägern in der Stadtgemeinde Bremen mit dem Ziel einzuleiten zum Beginn des Kitajahres 2019/20 vergleichbare Eingruppierungsmöglichkeiten in Kitas mit Sozialindex-Werten größer 50 zu schaffen.
2. Der Senat nimmt zur Kenntnis, dass die zur Durchführung der Maßnahmen erforderlichen konsumtiven Mittel in 2019 in Höhe von voraussichtlich 1,785 Mio. € für den öffentlichen Träger KiTa Bremen und in Höhe von voraussichtlich bis zu 1,034 Mio. € für die freien Träger

durch das Ressortbudget des Produktplanes Kinder und Bildung finanziert werden.

3. Der Senat stimmt der Vorabdotierung für die durch die Anwendung der Eingruppierungsregelung entstehenden konsumtiven Mehrkosten im Haushalt der Stadtgemeinde in Höhe von 2,320 Mio. € p.a. für den Träger KiTa Bremen und bis zu 2,483 Mio. € p.a. für die freien Träger für die Haushaltsjahre 2020/21 sowie im Rahmen der Fortschreibung der Finanzplanung ab dem Jahr 2022 zu.

Der Senat bittet die Senatorin für Kinder und Bildung im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2020/21 diese Maßnahme prioritär zu berücksichtigen. Er nimmt zur Kenntnis, dass dies sowie die beschlossenen und etwaige weitere Vorabdotierungen, den Spielraum für weitere Maßnahmen sowie die Prioritätensetzung künftiger Haushalte beeinflussen.

4. Der Senat bittet die Senatorin für Kinder und Bildung in Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen Kriterien für eine Eingruppierung in Entgeltgruppe S 8b von Erzieher(inne)n mit zusätzlicher beruflicher Qualifikation / Erfahrungen und herausgehobenen übergreifenden Tätigkeiten vorzulegen und die Umsetzung zum Kindergartenjahr 2020/21 vorzubereiten.

5. Der Senat bittet die Senatorin für Kinder und Bildung den Benachteiligungsindex für Steuerungszwecke im Kindertagesbetreuungsbereich weiter zu entwickeln und bei deren Neuberechnung kontinuierlich die Auswirkungen auf die Index-Werte der Einrichtungen und der damit verbundenen Eingruppierung der Beschäftigten zu überprüfen.

4969.) Entwurf eines Vorkaufsortsgesetzes "Vorderes Woltmershausen"
(Vorlage 2796/19)

Beschluss:

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2796/19 den Entwurf eines Vorkaufsortsgesetzes „Vorderes Woltmershausen“ sowie die Mitteilung und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) zur Beschlussfassung in der Sitzung am 26. März 2019 mit der Maßgabe folgender Änderung:

Im Gesetzentwurf wird im ersten Satz nach dem Wort „Satz“ eine „1“ eingefügt.

2. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass unter „F. Öffentlichkeitsarbeit...“ die Wörter „bei einer Schwärzung der personenbezogenen Daten“ ersatzlos gestrichen werden.

4970.) ÖPNV – Großvorhaben
Straßenbahnquerverbindung Ost
Georg-Bitter-Straße – Stresemannstraße – Steubenstraße
Bereitstellung der Baumittel und baubegleitenden Ingenieurmittel
(Vorlage 2797/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2797/19 den Planungsstand und die Kostenberechnung für den Bau der Straßenbahnquerverbindung Ost zur Kenntnis.
2. Der Senat stimmt der Finanzierung der Straßenbahnquerverbindung Ost mit einem Volumen von rd. 42.750 T € für den Zeitraum 2019 – 2024 unter Einbeziehung der erwarteten Förderung durch GVFG-Bundesmittel i.H.v. 16.180 T€ zu und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr die

erforderlichen Gremienbeschlüsse einzuholen.

3. Der Senat stimmt der Erteilung einer veranschlagten Verpflichtungsermächtigung i.H.v. 19.354 T€ zur Absicherung der bremischen Mittel und der GVFG-Bundesmittel zu.
4. Der Senat stimmt der Vorabdotierung der bremischen Mittel für die Straßenbahnquerverbindung Ost im Rahmen der Fortschreibung der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung i.H.v. 862 T€ in 2022, 694 T€ in 2023 und 485 T€ in 2024 zu. Der Senat bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2020/2021 die Maßnahme prioritär zu berücksichtigen. Er nimmt zur Kenntnis, dass dies sowie die beschlossenen und etwaige weitere Vorabdotierungen den Spielraum für weitere Maßnahmen sowie die Prioritätensetzung künftiger Haushalte beeinflussen.
5. Der Senat bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, die entsprechenden haushaltsrechtlichen Ermächtigungen über die Senatorin für Finanzen beim Haushalts- und Finanzausschuss einzuholen.
6. Der Senat bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, den A-Antrag zu den GVFG-Bundesmitteln zu stellen.

4971.) Erwerb Konversionsgelände Scharnhorst-Quartier
(Vorlage 2798/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2798/19 den Inhalt der Vorlage zur Kenntnis und begrüßt den Erwerb der von der BIMA zum Erwerb angebotenen Konversionsfläche zur Entwicklung eines Wohnstandortes „Scharnhorstquartier“.
2. Der Senat stimmt der Durchführung des Ankaufs durch die GEWOBA unter den in der Vorlage dargestellten Prämissen zu. Insbesondere stimmt er der in der Vorlage genannten Risikoabsicherung der GEWOBA

durch den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr in Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen zu. Er bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr die Fachdeputation zu befassen und die Vorlage über die Senatorin für Finanzen dem Haushalts- und Finanzausschuss zur Entscheidung vorzulegen.

3. Der Senat beschließt zur Flankierung des Erwerbs der Fläche im Scharnhorstquartier die Bereitstellung einer separaten Wohnraumförderung in Höhe von bis zu 6,3 Mio. Euro. Er stimmt zu, dass diese über Darlehen der Bremer Aufbau-Bank GmbH finanziert wird und die erforderliche Zinsverbilligung sowie etwaige Ausfälle - wie bisher - aus dem Treuhandvermögen Wohnungsbau - Land - finanziert werden. Diese Zinsverbilligung beträgt 4 Mio. Euro (worst case). Er bittet die Senatorin für Finanzen, eine Freihalteerklärung zur Sicherung des noch erforderlichen Darlehensvolumens auszustellen. Die Höhe des abzusichernden Darlehensvolumens darf 6,3 Mio. Euro nicht überschreiten. Die Senatorin für Finanzen wird gebeten, den Haushalts- und Finanzausschuss nach Übernahme zu informieren. Er bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr zum Zeitpunkt der Konkretisierung der Förderbedarfe, den Senat erneut zu befassen. Das Fördervolumen ist nicht auf andere Projekte ohne Zustimmung des Senats zu übertragen
4. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass unter „D. Finanzielle...“ folgender Text zur Genderprüfung am Ende eingefügt wird:

„3. Gender-Prüfung

Das neue Quartier bietet Wohnraum für Frauen und Männer bzw. Familien. Bei der weiteren Planung im Einzelnen werden Genderaspekte zu berücksichtigen sein.“

- 4972.) "Ist ein landesrechtlicher Mietendeckel für Bremen rechtlich möglich und wohnungswirtschaftlich zweckmäßig?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Tischvorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr und des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 07.03.2019)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr und des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 7. März 2019 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD mit der Maßgabe folgender Änderung zu:

In der Antwort auf Frage 3 werden die letzten beiden Absätze ersatzlos gestrichen.

2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

- 4973.) "Weserquerung durch zusätzlichen Fährverkehr – Entlastung für den privaten und gewerblichen Verkehr?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der SPD)
(Tischvorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 07.03.2019)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 7. März 2019 der schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.